

## Die Forderungen der Staatsbeamten.

Am kommenden Sonntag findet um halb 10 Uhr vormittags im Saale der Restauration „grünes Tor“, 8. Bezirk, Lerchenfelderstraße Nr. 14, eine öffentliche, unpolitische Staatsbeamtenversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Staatsbeamtenchaft und deren Forderungen; Massenpensionierungen und Enthebungen. Die Versammlung wird Stellung nehmen zu folgenden Vorschlägen:

### Standesforderungen.

1. Schaffung einer Zwangsorganisation. Errichtung von örtlichen Beamtenräten, Personalkommissionen am Sitze der Landesregierungen, eines Zentralausschusses, von Arbeiter- und Angestelltenkommissionen zur Betätigung des Mitbestimmungsrechtes, Anerkennung dieser Organisation durch den Staat.
2. Sicherung der uneingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte.
3. Neuregelung der Dienstordnung.
4. Neuregelung der gesamten Bezüge, Gebühren und Ruhegehälter, entsprechend den wirklichen Preisverhältnissen. Umwandlung der Aktivitätszulage in einen in den Ruhegenuss anrechenbaren Wohnungsgeldzuschuß. Gewährung der Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge bis zum Inkrafttreten der neuen Bezüge. Einbeziehung dieser Zulagen in den Ruhegenuss.
5. Neu'festigung sämtlicher Bezüge, Gebühren (einschließlich der Nebengebühren) und Ruhegehälter nach gesetzlich bestimmten regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten.
6. Aufhebung der Dienstage, des Quittungsstempels, der Pensionsbeiträge und Uebernahme der Einkommen- und Besoldungssteuer durch den Staat.
7. Heranziehung der Staatsbeamtenorganisationen zur Verwaltungsreform.
8. Zuerkennung der Arbeiterschutzbestimmungen für den Staatsbeamten.
9. Vertretung der Staatsbeamten im Arbeitsrat und in sämtlichen vom Staate zur Mitarbeit herangezogenen Konsumorganisationen.

### Wirtschaftliche und soziale Forderungen.

1. Staatliche Förderung aller auf dem Boden der Selbsthilfe stehenden Beamtenwirtschaftseinrichtungen.
2. Staatliche Belieferung der Beamten mit Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen. Ueberwachung aller zu diesem Zwecke geschaffenen Einrichtungen durch freigewählte Vertrauensmänner der Staatsbeamten.
3. Schaffung billiger Darlehens- und Sterbekassen für die Staatsbeamten mit Staatsunterstützung. Entschuldung der Staatsbeamten.
4. Einführung einer zwangsweisen Kranken- und Unfallversicherung.
5. Errichtung und Ausgestaltung von Krankenhäusern, Genesungsheimen für Staatsbeamte.
6. Errichtung von staatlichen Erziehungshäusern für Kinder von Staatsbeamten.

### Allgemeine Forderungen.

1. Staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel bis zum Abbau der herrschen-

den Preise. Schaffung ständiger Preisprüfungsstellen und Konsumentenbeiräte. Mitbestimmung in allen Konsumentenfragen

2. Zollfreiheit für Lebensmittel (mit Ausnahme der Luxuswaren). Aufhebung der Linienerverzehrungssteuer.
3. Gemeinnützige Bodenpolitik (Grundenteignung, Grundbeschlagnahme, Enteignungsrecht für Grundbenutzung, Errichtung gemeinnütziger Bodenerwerbsgesellschaften), Mieter-schutz, gemeinnützige Wohnungspolitik (steuerpolitische, bautechnische Maßnahmen, Erschließung unverbauten Geländes, Ausgestaltung des Verkehrswezens).
4. Neuregelung und Vereinfachung des bisherigen Steuersystems (Abbau der indirekten Steuern, Ersatz durch Erhöhung und Ausgestaltung der direkten Steuern (mit Ausnahme einer Erhöhung der Hauszinssteuer).